

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin S.O. 16, am Köpenicker Park 2.

Insertate: Die sechsgepaßte Nonpareilzeile oder deren Raum 18 Mk.
Werbungsvermittlungen 6 Mk. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 2 Mk. pro Zeile.

Lohnerhöhung oder Produktionssteigerung.

Von Rudolf Wissell.

Die jetzt hinter uns liegenden Kämpfe der Eisenbahnbeamten und der Gemeindefabrikanten Berlins geben uns Anlaß zu einigen wirtschaftlichen Betrachtungen. Führen uns doch beide Bewegungen zu Problemen, an denen wir nicht vorübergehen dürfen, wollen wir die Aufgaben der Zeit erkennen.

Die Eisenbahnbeamten halten ihre Bezüge angesichts der Steigerung nicht für ausreichend, folglich fordern sie Gehaltserhöhung. Die Gemeindefabrikanten meinen, sich gegen eine ihrer Überzeugung nach vom Magistrat beabsichtigte Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen wehren zu müssen. Der Magistrat hat das Vertragsverhältnis, in dem er zu seinen Arbeitern stand, ordnungsmäßig gelöst. Er sieht in einzelnen Vorschriften der nunmehr von ihm gelösten Manteltarife eine große Hemmung, die wirtschaftlichen Betriebe der Stadt so wirtschaftlich zu gestalten, wie es bei der jammervollen Finanzlage der Stadt geboten ist.

Ob die Klagen der einen oder der anderen Seite begründet sind, soll hier nicht untersucht werden. Auch nicht, ob die beiden Streiks berechtigt waren und ob nicht auf anderem Wege ein Ausgleich der Differenzen hätte erstrebt werden müssen. Fest steht, daß beide Bewegungen große Katastrophen für die Bevölkerung zur Folge gehabt haben. Die der Eisenbahnerbewegung wurde durch die der zweiten für die Bevölkerung Berlins wesentlich verschärft. All dieses will ich hier nicht erörtern, sondern die weiter von diesen und fast allen anderen Bewegungen aufgeworfene Frage: Wie läßt sich die Notlage der deutschen Arbeiterschaft mildern? Legten Endes ist das Ziel aller heutigen Bewegungen, der Notlage Herr zu werden. Es ist eigentümlich, sobald die Arbeiterschaft glaubt, dieses Ziel erreicht zu haben, ist es schon wieder in dieselbe Feine gerückt, in der es vorher stand. Allen Bewegungen ging es in den letzten Jahren so. Was ist die Ursache?

Wir sind es aus der Vorkriegszeit gewohnt, daß jede Lohnerhöhung eine Besserung der wirtschaftlichen Lage brachte. Die Lohnbewegungen waren vielleicht schwerer als heute, aber wo sie Erfolg hatten, war das Ergebnis eine günstigere Gestaltung der Lage der Arbeiter. Die weltwirtschaftliche Konkurrenz erlaubte es dem Unternehmer nicht immer, durch Erhöhung der Preise einen Ausgleich für die in der Lohnerhöhung gegebene Verteuerung der Produktionskosten zu suchen. Entweder mußte er eine Schmälerung seines Profits erfahren oder dieselbe durch Verbesserung der Produktionsmethoden weit zu machen versuchen. Daher ist auch so manche Lohnerhöhung zu einem Anlaß verbesserter Technik gewesen. Der Aufstieg der Arbeiterschaft ist an die Verbesserung und Verbilligung der Produktionsmethoden gebunden. Auch heute noch. Heute glauben noch so viele Arbeiter, daß eine Lohnerhöhung eine Besserung der wirtschaftlichen Lage bringe. Und doch ist es nicht der Fall, weil sie aus noch zu erörternden Gründen nicht parallel geht mit einer Verbesserung der Produktionsmethoden.

Das vom Berliner Magistrat aufgestellte Prinzip, die städtischen Betriebe auf eine höhere Stufe der Wirtschaftlichkeit zu bringen, muß von der Arbeiterschaft mit vertreten werden, denn die Erreichung dieses Zieles liegt auch in ihrem ureigensten Interesse. Das gilt nicht nur für die städtischen Betriebe in bezug auf die städtischen Betriebe, sondern für die gesamte Arbeiterschaft in bezug auf die gesamte deutsche Wirtschaft.

Die Unwirtschaftlichkeit der deutschen Wirtschaft ist es, die die aus dem verlorenen Kriege mit seinen finanziellen Verpflichtungen erwachsenen Nöte für die Arbeiterschaft so fast unerbittlich werden läßt. Es werden heute nicht alle Errungenschaften der modernen Naturwissenschaft und der Technik so in den Dienst der nationalen Produktion gestellt, wie es möglich und notwendig wäre. Man stelle sich einmal die Sachlage vor, mit der wir rechnen müssen, wollen wir nicht auf Klauen hinein Wünsche und Forderungen erheben.

Wir haben den Krieg verloren, und wir haben ungeheure Verpflichtungen auf uns liegen. Viele Milliarden haben wir im Kriege einem an sich unproduktiven Unternehmen, eben dem Kriege, geopfert. Viele Milliarden haben wir nach dem Kriege den Siegern in der D. H. in Anweisungen auf fremde Geldbörsen (Devisen) oder in Waren zahlen oder liefern müssen. Dabei war unser Land über vier Jahre lang von allen Einfuhren abgeschnitten. Unsere Speicher und Lagerhäuser, die in der Vorkriegszeit bis zum Dachstuhl mit Waren gefüllt waren, die wir in langen Friedensjahren ins Land geschafft hatten, waren leer geworden bis auf das Häuflein Getreide, das in jedem getreideten Lagerort im Überflusse ist. Das hat die deutsche Wirtschaft zum Teil in ihrer gemacht und beeinträchtigt ihre Leistungsfähigkeit. Ergo... haben wir die uns durch das Friedensbrot und das Kalte Klimatum auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Jetzt beginnt die Zeit einzukommen, daß wir diese Verpflichtungen nicht erfüllen können. Die verfruchtete Erfüllung hat schon Folgen auch für das Ausland mit sich bringen lassen. Da wir die Waren nicht kaufen können mit ihrem Geld die Geschäftsbewertungen zu können, haben wir mit dem Papiergeld die Fremden zu täuschen gelernt. Die Folge war im Ergebnis der auswärtigen Weltmarkt und ungeliebter entlehrende Vermehrung des Wertes der Landesmarken. Diese Vermehrung hat eine Verunsicherung der Weltmarkt-Entwürfe zur Folge gehabt. Wir haben eine unabweisliche Rohstoff- und Lebensmittelnotlage in Höhe von

mindestens 2 1/2 Milliarden Mark nötig. In dieser Höhe ist sie in der Denkschrift der deutschen Regierung vom 23. Januar 1922 geschätzt worden. Auch diese Einfuhr müssen wir mit Gold oder Goldwerten bezahlen. Kredite erhalten wir nach der Erklärung der Bank von England auf das deutsche Ersuchen um Kreditgewährung nicht eher, bis die Deutschland auferlegten Lasten in ein vernünftiges Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gebracht sind.

Bei dieser Sachlage muß unsere Wirtschaft alle Produktionskräfte anspannen und die zu erlangenden Rohstoffe so sparsam und wirtschaftlich verwenden, daß der größte Nutzen sich ergibt. Geschieht das nicht, bedingt das kurzere Herstellung der Waren.

Wenn unsere heutigen Wirtschaftsführer sich diesen Aufgaben nicht in dem Maße zuwenden, wie es nötig ist, so deshalb, weil bei den — an den Weltmarktpreisen gemessen — im allgemeinen billigeren Preisen im Innern jede Lohnerhöhung auf die Preise aufgeschlagen werden kann. Ja, bei dem Fehlen der für die benötigte Einfuhr erforderlichen Devisen und der teilweise Waren- und Rohstoffknappheit im Ausland können sie in manchen Fällen noch über die Weltmarktpreise hinaus eine Erhöhung der Preise eintreten lassen, ohne daß ausländische Konkurrenz ihnen das unmöglich macht.

Es liegt ja nun für die auf Löhne und Gehalt angewiesenen Schichten der Bevölkerung nahe, bei einer Verteuerung der Lebensnotwendigkeiten zu versuchen, eine Vermehrung der Einnahmen, d. h. für die Beamten Gehaltserhöhung, für die Arbeiter Lohnerhöhung, zu erreichen. Gehaltserhöhung bedeutet neue Steuerbelastung des Volkes und damit mittelbar oder unmittelbar neuen Notendruck. Lohnerhöhung bedeutet, genau wie erhöhte Steuerdruck, Steigerung der Produktionskosten. Was diese Steigerung in bezug auf Preisgestaltung der erzeugten Waren zur Folge hat, ist oben gesagt worden.

bleibt das erzeugte Warenquantum daselbe, vermehren sich aber die umlaufenden Zahlungsmittel, so steigen automatisch die Preise für die Gesamtwarenmengen auf die Gesamthöhe der Zahlungsmittel, d. h. der zum Teil verfügbaren Papiermark. Wer in dem Kampf um die Erhöhung des Einkommens der erste ist, erlangt gewiß einen Vorteil. Solange die breite Masse noch nicht in gleicher Weise eine Vermehrung ihres Einkommens erreicht hat, kann er vermöge seines erzielten größeren Einkommens mehr Ware kaufen als die noch zurückgebliebenen Schichten. Vorübergehend hat er auf Kosten der anderen eine Verbesserung seiner Lage erreicht. Aber auch nur vorübergehend. Sobald die anderen Schichten ihm nachgekommen sind, ist der Reallohn der gleiche wie vorher. Der durch die Erhöhung der Einnahmen erstrebte Zweck einer leichteren Bedürfnisbefriedigung ist dann wieder illusorisch geworden. Und der Kreislauf kann mit der gleichen automatisch eintretenden Erfolglosigkeit wieder beginnen.

Nicht das kann in erster Linie das Ziel einer vernünftigen Wirtschaftspolitik sein, die nur durch vermehrten Notendruck zu beschaffenden Einnahmen nominell zu erhöhen, sondern ihr Ziel muß auf Vermehrung der benötigten Waren gerichtet sein. Läßt sich diese Warenmenge erhöhen, ist sie auch bei gleichgebliebenen Einnahmen billiger. Bessere Ausnutzung der Produktionskapazität ermöglicht billigere Ware. Mehr und billigere Waren sind dann für die gleiche Geldsumme zu erlangen. Daher muß Erhöhung der Produktivität erstrebt werden. Aber nicht nur sie allein, sondern auch eine Gestaltung der Produktion, die die größte Wirtschaftlichkeit der Erzeugung und Verteilung verbürgt.

Die denkbar größte Wirtschaftlichkeit der Betriebe ist also ein Ziel, dessen Erreichung im Interesse der Gesamtheit liegt. In der Erreichung dieses Zieles muß auch die Arbeiterschaft mitwirken. Ihre Interessen sind es, die mit auf dem Spiele stehen.

Die Arbeiter können die Wünsche des Unternehmertums nach Verlängerung der täglichen Arbeitszeit. Den besten Beweis, daß diese Verlängerung der Arbeitszeit trotz der heutigen Notlage Deutschlands unnötig ist, können die Arbeiter der einzelnen Betriebe dadurch liefern, daß sie für ihren Teil feststellen, wo durch Ausnutzung der reicherlichen Erfahrungen ihrer eigenen Betriebe wirtschaftlicher gestaltet werden kann. Nun höre ich sofort den Einwand kommen, daß die Arbeiterschaft nicht dazu da sei, die Profitmöglichkeit des Unternehmers zu erhöhen. Das ist nicht gesamtwirtschaftlich gedacht. Legten Endes hat die Gesamtheit eines Volkes die größten Vorteile, wenn die Produktionskosten billig sind. Die Frage der Preisbildung nicht gerechtfertigter Verdienste durch die Produktion ist eine Steuerfrage, die hier nicht behandelt werden kann, nur betonen will ich, daß die gerechte Lösung der Steuerregelung natürlich nicht vernachlässigt werden darf.

Wenn ich oben sagte, daß das Ausland die Unmöglichkeit der Erfüllung der Deutschland auferlegten Lasten einzusehen beginnt, so darf daraus nicht etwa der Schluß gezogen werden, daß nun eine wesentliche Entspannung des schweren wirtschaftlichen Druckes eintreten werde, der auf uns lastet. Was man auch unsere Verpflichtungen etwas mildern, sie werden risikoreich bleiben. Man wird im wesentlichen die Fortwähren, in der wir unsere Verpflichtungen erfüllen sollen. Die Änderung liegt in der Richtung, die in dem Vorkriegs-Verhältnis nicht gegeben ist.

Man mag sich auch bitte einmal klar machen, was die Verteuerung von Sachleistungen in Höhe von etwa 1,5 Milliarden — neben den Verpflichtungen — für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet. Die zu leistenden Waren müssen doch hergestellt und müssen auch bezahlt werden. Das ist nur möglich bei so ver-

vollkommenen Produktionsmethoden, wie sie bei dem Stande der Produktionstechnik nur eben möglich sind.

Heute herrscht in unserer Wirtschaft noch immer der alte, die ganze bisherige Produktion beherrschende Grundgedanke, die Waren lediglich des Verdienens wegen herzustellen. Ob die Waren an sich lebensnotwendig sind, ist dem Erzeuger und dem Händler ganz gleichgültig. Wenn sie nur daran verdienen. Und die Waren erhält, wer den größten Preis dafür bietet, mag er ein Deutscher oder ein Chinese sein. Man produziert Waren, um Geld zu machen. Was mit der Ware geschieht, ist dem Erzeuger nebensächlich. Die Baumwolle und Wolle und sonstige Spinnstoffe werden nicht verarbeitet, um damit Menschen zu kleiden, sondern um Gewinne zu erzielen. Was Holz, das Eisen, mögen wir nehmen, was wir wollen, wird nicht verarbeitet, um planmäßig dem Bedarf des Volkes zu dienen, sondern weil es Vorteile bringt. Ein Luxusgegenstand wird lieber als ein Gebrauchsgegenstand erzeugt, weil mehr Profit dabei herauspringt. Wenn wir hören, daß das Aktienkapital der Holzindustrie, dessen Höhe am 31. Dezember 1920 auf 98 751 000 Mk., am 31. Dezember 1921 auf 291 118 000 Mk., am 31. Januar 1922 auf 319 718 000 Mk. sich stellte, dann zeigt das das Verkehrt unserer Wirtschaft in deutscher Weise. Die ganze heutige Wirtschaft ist eine Erwerbewirtschaft, keine Bedarfsdeckungswirtschaft.

Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik muß diese Bedarfsdeckungswirtschaft sein. Dazu bedarf es der Zusammenfassung der Wirtschaft zunächst in ihren wichtigsten Zweigen. Diese Zusammenfassung kann schon heute erfolgen. Es bedarf dazu keiner Änderung der Eigentumsverhältnisse bei den Produktionsmitteln. Das zu erstreben, brauchen und wollen wir nicht ausgeben. Aber unbeschadet weitergehender Forderungen sollten wir unsere Kraft auf das zunächst zu Erreichende einstellen. Wir machen es doch sonst im Leben auch so, daß wir das Nächstliegende, das Dringlichste, das Notwendigste tun, um dann weiter zu kommen. Im Verlangen nach der Sozialisierung erschöpfen wir unsere Kraft, ohne ihr — wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen — bisher auch nur einen Schritt nähergekommen zu sein. Konzentrieren wir aber zunächst unsere Kraft auf das wirklich zu Erreichende, erreichen wir es auch. Aus muß die Arbeiterschaft es auch wollen. Verbünden wir unsere Lohnforderungen mit dem Verlangen nach Nationalisierung unserer Wirtschaft in dem hier erörterten Sinne, dann kann uns nicht immer und immer wieder der Einwand entgegengehalten werden, wir drehten nur an der Schraube ohne Ende.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe hat sich aufgelöst. Infolge Wankens einer Reihe von Landesorganisationen hatte sich sein Einfluß vermindert, auch sein inneres Gefüge scheint in den letzten Jahren eine Lockerung erfahren zu haben. Infolgedessen trat er bei der Beratung des Reichsmantelvertrages nicht mehr als einziger Vertragskontrahent auf Arbeitgeberseite auf, wie das bei dem vorher in Kraft gewesenen „Reichsarbeitervortrag“ der Fall war, sondern er war eine der Organisationen, mit denen der Reichsmantelvertrag abgeschlossen wurde. In dieser Gruppe von Arbeitgeberorganisationen nahm der Arbeitgeber-Schutzverband insofern eine Sonderstellung ein, als es die einzige Organisation war, die sich, wenigstens dem Namen nach, über das ganze Reich erstreckte, während die anderen Organisationen Bezirksorganisationen waren. Für die Dauer der Verhandlungen hatten die Arbeitgeber die „Reichsarbeitervortrag“ gebildet, die aber nur eine sehr durchsichtige Klammer war, die aufgelassen wurde, als sie ihren Zweck erfüllt hatte. Sie ist heute noch lauglos verschwunden, und der in Würzburg abgeschlossene Reichsmantelvertrag wurde von neun Arbeitgeberverbänden unterzeichnet, die am Abschluß beteiligt waren.

Es ist wohl als eine indirekte Wirkung des Reichsmantelvertrages zu betrachten, daß in den Arbeitgeberorganisationen eine Umwidmung vorgenommen wurde. An Stelle des Arbeitgeber-Schutzverbandes ist der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes entstanden. Die Umwidmung bedeutet aber mehr als eine bloße Namensänderung. Die neue Organisation hat neben dem Arbeitgeber-Schutzverband noch eine Reihe anderer Organisationen in sich aufgenommen. Der Arbeitgeberverband ist also eine Reichsorganisation, die sich in Bezirks- und Landesorganisationen gliedert, aber insofern ist als der stärkere Säulenverband in der letzten Zeit seines Bestehens. Er ist bemüht, sich alle bestehenden Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes anzugliedern. Inwiefern ihm das gelingen wird, war uns bisher nicht bekannt. Wie ja auch der Arbeitgeberverband bislang nicht als Vertragspartei in Betracht kam, obwohl er wiederholt im Auftrage der als Vertragspartei geltenden Landesorganisationen mit unserem Verbandsvorstand in Verbindung getreten ist. Zuletzt durch Vermittlung des Verfassers der „Holzarbeiter-Zeitung“ abgeschlossen haben. Es handelt sich um den Abschluß der Arbeitervereinbarung, welche die Lohnsätze und die Verhandlung zu einem neuen Vertrag führen. Dieser Verhandlung führte zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiderseitigen Verbandsvertretern, die am 28. Januar in Berlin gepflogen wurde und für beide Teile lehr-

schick hat, ist in Mooklau eingetroffen und gelangt nun im Eschwasdistrift zur Verteilung. Von diesem Distrift geht es in dem Aufruf: Außer von der Sowjet-Regierung, die zehntausend Kinder verpflegt, ist diesem Distrift bisher in keiner Weise geholfen worden. Die Sterbefälle haben die Geburten bei weitem überholt, da die Leute seit Monaten nichts Nahrungsfreies zu essen haben. Das körperliche Befinden von allen, fast ohne Ausnahme, besonders aber von den Kindern, macht einen furchtbaren Eindruck. Die Bevölkerung lebt von einem Brot, das hauptsächlich aus Weizen, Weizenklein und Weizenmehl besteht; selbst an diesem erbärmlichen Ertrag herrscht da und dort Mangel. Wenn es aufgebraucht ist, bleibt der Bevölkerung nichts übrig, als Stroh von den Dächern und Baumrinde zu essen. Täglich sucht der Tod die Dörfer heim. Die Menschen sterben an Hunger und allgemeiner Körperschwäche. In den Hospitälern gebietet es an den notwendigen Hilfsmitteln. Bettelwände und Verordnungen fehlt; letzteres hat teilweise seit 1914 nicht angeschafft werden können. Genau so schlecht geht es mit Medizinern und Desinfektionsmitteln. Eine große Typhus-Epidemie wird im Frühjahr erwartet. Viele Männer und Frauen leiden an unheilbaren Darmkrankheiten, die durch die widerlichen Nahrungserhaltungsmittel hervorgerufen werden. Nur an dieser Krankheit sind seit Beginn der Hungersnot allein in diesem Distrift über 2000 Menschen gestorben. Außerdem grassiert eine Augenkrankheit, von der 60 Prozent der Bevölkerung befallen sein sollen. In einem Hospital in Wehoseczari, der größten Stadt dieses Distrifts, starben 90 Prozent der Säuglinge.

Natürlich findet der Hunger seine Opfer vor allem unter den Kindern. Mindestens 108 000 Kinder sind den schlimmsten Entbehrungen preisgegeben. Von ihnen kann der Internationale Gewerkschaftsbund zunächst nur 40 000 helfen. Aber das ist nicht genug. Die anderen nahezu 70 000 Kinder bleiben, ohne Hilfe, zu weiteren Entbehrungen verurteilt. Ihre Leiden sind unbeschreiblich. Schon kommt es vor, daß Mütter ihre Kinder erwürgen, um nicht machtlos mit ansehen zu müssen, wie sie verhungern. Wie groß muß die Not sein, wenn die Unglücklichen zu solchen Verzweiflungstaten getrieben werden!

Der Internationale Gewerkschaftsbund appelliert an das internationale Proletariat. Er ruft den Gewerkschaftsmitgliedern zu: Macht das Vertrauen wahr, das diese von grenzenlosem Elend bedrohten Menschen in euch setzen. Hundert- und achthunderttausend Kinder sind euch anvertraut. Helft ihnen mit allem, was ihr entbehren könnt. Bringt euer Geld zu den Sammelstellen der Gewerkschaften. Rettet die russischen Kinder!

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Bemühungen der Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes um eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung haben zu einem Erfolg geführt. Nach einer Mitteilung der Reichstags-Parlamentarischen Nachrichten gelten für das preussische Staatsgebiet vom 1. Februar an folgende neuen Höchstätze:

	in den Orten der Ortsklasse:			
	A	B	C	D u. E
I. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	18,80	17,—	15,—	12,50
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	15,—	13,50	12,—	10,—
c) unter 21 Jahren	10,—	9,—	8,—	7,—
II. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	15,—	13,50	12,—	10,—
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	10,—	9,—	8,—	7,—
c) unter 21 Jahren	8,—	7,25	6,25	5,25
3. als Familienzusätze für:				
a) den Ehegatten	8,75	7,75	6,75	5,50
b) die Kinder und sonstige unterhaltungsberechtigten Angehörige	7,50	6,75	6,25	5,50

Welche Höchstätze für die anderen Freistaaten gelten, ist bisher nicht bekannt. Es ist aber anzunehmen, daß die Sätze im allgemeinen gleich hoch sein werden.

Verbandsnachrichten.

Verlautbarungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 8. Wochenbeitrag für die Woche vom 19. bis 25. Februar 1922 fällig geworden. Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2. Der Vorstandsvorsitz.

Zentralstellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holz bildhauer (Mittl.) nach Peine (Hann.), Großschönan i. S., Schwemlingen a. M. (Wernigerode), Malchin i. Mecklb., Uslar, Bentzenrode, Lage i. Veden, Weidberg, Sittau i. S., Coburg, Gerda, Dornbrück, Eisenberg i. Thür., Wernigerode, (mittl.) nach Lage i. Mecklb., Eisenbildhauer nach Nieder-Königsberg, Fr. Götlich. Reflektanten wollen sich schriftlich wenden an H. Dupont, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Stornieren.

Verlangt: Holz bildhauer (Mittl.) nach Peine (Hann.), Großschönan i. S., Schwemlingen a. M. (Wernigerode), Malchin i. Mecklb., Uslar, Bentzenrode, Lage i. Veden, Weidberg, Sittau i. S., Coburg, Gerda, Dornbrück, Eisenberg i. Thür., Wernigerode, (mittl.) nach Lage i. Mecklb., Eisenbildhauer nach Nieder-Königsberg, Fr. Götlich. Reflektanten wollen sich schriftlich wenden an H. Dupont, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Dresden. (Parkettleger.) Die Errungenschaften der hiesigen Kollegen im verflochtenen Jahre sind würdig, allen Brandkollegen im Lande als Vorbild zu dienen. Die Löhne sind durch drei Lohnbewegungen von 850 Mk. auf 14 Mk. inklusive Ferienlohn erhöht worden. Ein Erfolg, der nur durch stoffliche Disziplin und gute Selbstzucht aller Kollegen zu erreichen war. Zurzeit zählt unsere Sektion 22 Kollegen, die alle organisiert sind und auch die Versammlungen regelmäßig besuchen. Daraus ist zu ersehen, daß in den Kollegen der richtige gewerkschaftliche Geist lebendig ist. Die Abschaffung der Akkordarbeit ist im wesentlichen ein Erfolg dieser Regsamkeit. Als Haupterrungenschaft ist die seit September 1921 eingeführte Ferienlohn zu bezeichnen. Als ein halbes Jahr in der Branche Beschäftigten haben Anspruch auf die wohlverdienten Ferien. Vorbedingung hierfür ist, daß die Kollegen für jede Arbeitsstunde vom Arbeitgeber 25 Pf., vom 15. Dezember an 50 Pf. als Lohnzuschlag erheben und an die oben genannte Kasse abliefern. Mit der seit Kriegsende eingeführten Akkordarbeit haben die Dresdener Kollegen sehr gute Erfahrungen gemacht. Es wäre mir zu wünschen, wenn alle Kollegen Deutschlands sich zur Einführung derselben entschließen könnten. Nur dadurch können sich die Kollegen zu wirklich freien Menschen emporarbeiten.

Esslingen. Die Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle beschäftigte sich nach Kenntnisnahme des Jahresberichts mit Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Trotz der zahlreichen Lohnbewegungen ist es nicht gelungen, die Lebenslage der Mitglieder zu heben. Kritisiert wurde die Steuerpolitik der Regierung. Die Mitglieder verlangen die Durchführung der vom ADB und der Afa aufgestellten zehn Punkte, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, Ortsverwaltung und Verhandlungsamt werden eruchtet, in Gemeinschaft mit den Spitzenorganisationen sich hinter die Forderungen zu stellen und diese mit allen Mitteln zu erkämpfen. Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Esslingen stehen geschlossen hinter dem ADB, bei Durchführung seiner Forderungen und verpflichten sich, dafür zu kämpfen.

Gulzrau. In der am 1. Februar stattgefundenen Versammlung referierte der Bezirksleiter, Kollege Hoffmann, über Lohn- und Tariffragen. Da die hiesigen Arbeitgeber den Reichsmantelvertrag noch nicht anerkannt haben und auch die Löhne den Verhältnissen nicht entsprechen, müssen wir allen Fleiß daran setzen, die Kollegen zu sammeln, um als geschlossenes Ganzes unserer berechtigten Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Hacha. Am 15. Januar hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Nach Entgegennahme der Berichte des Bevollmächtigten und des Kassierers erfolgte die Neuwahl der Verwaltung. Dann fand eine Aussprache über die Wirtschaftslage und über die Lohnbewegung statt. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher die von Vorstandsvorsitz während des Jahres 1921 eingetragene und seither durchgeführte Lohnpolitik als den Interessen der Mitglieder entsprechend bezeichnet und gutgeheißen wird. Der Hauptvorstand soll in der gleichen Richtung weiterarbeiten, darüber hinaus aber muß es eine unserer vornehmsten Aufgaben sein, den Apparat unseres Verbandes für Schulung der Betriebsräte, ferner für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte auszubauen. Insbesondere fordert die Generalversammlung, daß der Hauptvorstand seinen ganzen Einfluß geltend machen möge für die Durchführung der 10 Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Köln. (Einmischlicher christlicher Fischzug.) Im benachbarten Bezirk Wille sind die Waldbestände durch Feuer und Sturm heimgesucht worden. Eine auswärtige Holzfirma hat diese vom Fiskus erstanden, um die Verwertung des noch gefundenen Holzes vorzunehmen. Da es sich um größere Bestände handelt und die Arbeiten unter den ungünstigen Umständen in der verhältnismäßig kurzen Zeit von zwei Jahren erledigt sein müssen, hat die Firma die dazu benötigten Arbeiter aus allen Gegenden Deutschlands zusammengezogen. Bei der Wohnungsnot sind die Arbeiter in schnell hergerichteten Messenquartieren untergebracht, welche zu berechtigten Klagen Anlaß geben, aber auch alle anderen Einrichtungen, besonders die Wohn- und Arbeitsbedingungen, waren nicht so wie sie unsere Zeit erfordert. Zur Regelung dieser Angelegenheit wandten sich die Arbeiter an unsere Verwaltungsstelle Köln, welche sich der Sache annahm, die Arbeiterschaft organisiert und dafür sorgte, daß in erster Linie die gesundheitlich gefährlichste Betriebsverteilung zustande kam, die mit der Firma in Verbindung trat, eine Regelung der Wohn-, Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen. Als diese Vorarbeiten gemacht waren, glaubten die Christen die Gelegenheit benützen zu sollen, sich in das gemachte Bett zu legen. Eines Tages erschienen zwei Vertreter des Christlichen Bauarbeiter-Verbandes von Ensteden auf der Arbeitsstätte und luden die Arbeiter während der Arbeitszeit zu einer Besprechung ein. Sie trauten sich nicht wenig ihres Erfolges; hiesigen sah doch eine Anzahl noch nicht Organisierte bei ihnen aufzukommen, und es gelang ihnen sogar, die Wähler von unseren Kollegen in Empfang zu nehmen. So vorbereitet, wollten sie mit dem anwesenden Vertreter der Firma über die von unseren Kollegen eingereichten Forderungen in Verhandlungen treten. So fanden unsere Kollegen, die für den gleichen Tag angemeldet waren, davon auch die Christen Kenntnis hatten, die Situation vor. Doll Freude über den gelungenen Fischzug erklärten die christlichen Vertreter, daß sie die Sache nun schon machen würden, da alle Arbeiter zu ihnen übergetreten wären. Da unsere Kölner Kollegen den christlichen Rumor kennen, wurde sofort mit der Belegung eine Aussprache herbeigeführt, an der auch die „Christen“ teilnahmen. Dabei wurden die Vertreter der „Bauern von Ensteden“ immer länger, und schließlich fanden sie es, angesichts der Erregung der Arbeiter, geraten, die eine „emanzipierte Mitgliedsbühne“ sowie das Geld für die Neuanweisungen herauszugeben. Dann jagten sie ab wie besessene Rind. Nach der interessanten Auseinandersetzung konnten wir noch zu den uns schon angekündigten eine größere Anzahl von Neuanweisungen suchen. Unter Bestehen wird es sein, das was angekündigt wurde, werden wir zu realisieren, indem wir auch hier für menschenwürdige Verhältnisse sorgen.

Neubrunnen, Ergold. In der am 1. Februar abgehaltenen Jahresgeneralversammlung gab der Bevollmächtigte ein ausführliches Bild von der umfangreichen Arbeit, die im vergangenen Jahr geleistet worden ist, und von den Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, ehe man im Bezirk zu wirklich geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnissen kommen kann. Insbesondere

zeigte er, wie das Unternehmertum nur in ganz geringem Maße zur Vertragstreue erzogen ist. Es ist deshalb auch schwer möglich, durch die Vertragsinstanzen den Kollegen zu helfen. Das Tarifamt entpuppt sich auch nach und nach als Beredigungsanstalt, denn Beschwerden, die im November eingegeben wurden, sind bis heute noch nicht erledigt. Die Unternehmungen, die im Geschäftsjahr gemacht wurden, die Agitation zu verstärken, sind nicht in dem nötigen Umfang unterstützt worden. Die neugebildeten Sektionsleitungen haben die in sie gestellten Erwartungen nicht erfüllt. Es muß daher versucht werden, das Erstrebte auf anderem Weg zu erreichen. Die Beitragszahlung hat sich vor allem unter dem Eindruck des Streiks in Neuhäusen und Dorscheming gebessert. Beschlossen wurde, einen zweiten Kollegen anzustellen, und zu diesem Zweck einen Lokalbeitrag von 50 Pf. auf die Marken von 2 Mk. aufwärts ab 1. März zu erheben. Nach Zustimmung durch den Hauptvorstand soll die Stelle ausgeschrieben werden.

Neudorf (Oberbayern). Das letzte bayrische Lohnabkommen hat den hiesigen Scheinern meistern nicht gefallen. In einer Versammlung am 17. Januar haben sie beschlossen, diese tariflichen Lohnzulagen abzulehnen, ferner, die vom Landes-Tarifamt vorgenommene Verfestigung von Alt- und Neubau von der vierten in die dritte Ortsklasse nicht anzuerkennen. Bei einer Strafe bis zu 5000 Mk. hatten sich die Unternehmer gegenseitig verpflichtet, die Beschlässe streng einzuhalten. Damit waren unsere Kollegen natürlich nicht einverstanden. Sie verlangten die ihnen rechtmäßig zustehenden Zulagen nach der dritten Ortsklasse. Stellten die Unternehmer zuerst Verhandlungen mit uns für ganz überflüssig, so wurden sie durch das geschlossene Auftreten unserer Kollegen eines anderen belehrt. Wohl oder übel mußten sich die Unternehmer hierbei verpflichten, die Lohnzulagen bis auf den letzten Pfennig nachzahlen, ebenso die dritte Ortsklasse anzuerkennen. Die Betriebsräte haben also ihren beschlossenen Vertragsbruch wieder outmachen müssen. Auch dieser Fall zeigt wieder, daß Einigkeit und Pflichtbewußtheit der Kollegen zum Ziel führt.

Paffau. Der sehr gute Besuch der Generalversammlung zeigt, daß die Paffauer Sägerei-Kollegen, welche den großen Teil der Verwaltungsstelle bilden, auch im äußersten und schwächsten Winkel Deutschlands erwacht sind, trotz der hier am Ort anfalligen Bezirksleitung des christlichen Holzarbeiter-Verbandes. Die Mitgliederzahl konnte trotz großer Arbeitslosigkeit in gleicher Höhe gehalten werden. Nach der Wahl der Ortsverwaltung sprach der anwesende Hauptvorstand, Kollege Koch (München), über die Geschäftslage in der Holzindustrie und im Sägereigewerbe. Auch in der Beitragsfrage sind die Paffauer Kollegen nachgerückt, aber es ist für die Verwaltung schwer, so zu handeln, wie das Statut vorschreibt, da wir dem christlichen Holzarbeiter-Verband, der als „billiger Jakob“ schon zur Genüge bekannt ist, gegenüberstehen, dem zur Agitation wertvolle Hilfe zur Verfügung steht, nämlich der Predigtstuhl in der Kirche. Daß es aber bei den Paffauer Christlichen gärt, beweist schon ein Duzend Übertritte in der ersten Hälfte des Monats Januar 1922. Nachdem noch Bezirksleiter Schreiblemer die Verhältnisse im Bayerischen Wald geschildert hatte, wurde die schön verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Schönheide. Der Monat Januar brachte für die Bittere in der Branche noch eine befriedigende Beschäftigung, obgleich sich bereits die Konjunktur in absteigender Linie befindet. In einem Betrieb wurden plötzlich über 40 Arbeiter entlassen, die aber verschiedentlich wieder eingestellt werden konnten. Die Durchführung der letzten Lohnhöhung hat zu Differenzen mit den Arbeitgebern in Rothenkirchen geführt, die noch nicht beseitigt sind. Zu bemerken ist noch, daß die Birkenindustrie in der Hauptsache in Jahrbüsten und Stanzware beschäftigt ist. Die Fischerei hat in der Hauptsache nur Exportarbeiten auszuführen, während Möbelarbeiten sehr wenig verlangt werden. In der Harmonikindustrie in Karlsruhe hat die Arbeit noch nicht nachgelassen.

Söllingen. Als Ergebnis einer am 12. Februar abgehaltenen Versammlung ist dem Vorstandsvorsitz eine einstimmig angenommene Resolution überreicht worden. Statt des anknüpfenden wörtlichen Abkommens geben wir eine Inhaltsangabe. Die Söllinger Kollegen misbilligen die Arbeitsweise des Vorstandsvorsitzes und wollen nur dann höhere Beiträge entrichten, wenn der Vorstand seine Taktik auf die Erstrebung der „allgemeinen Federwirtschaft“ eingestellt hat. Er soll auch mit allen Mitteln dahin streben, den ADB von der Notwendigkeit dieses Fides zu überzeugen. Dann wird die Abschaffung aller sozialer Unterstützungen in unserem Verband verlangt. Auf Städtekonferenzen, wo Lohnforderungen besprochen werden, sowie auf Verbandstagen sollen nur wertvolle Kollegen Stimmdroit haben. — Dies der Inhalt der Resolution, die entgegen läßt, daß sich die Söllinger Kollegen in der Beständigen Diskussion, die der Annahme der Resolution vorausging, über das Wesen und die Aufgaben des Verbandes doch noch nicht recht klar geworden sind.

Strunking. Unter der Überschrift: „Ein wichtiger Holzgenosse“ beschäftigt sich die Nummer 5 des christlichen Holzarbeiter mit meiner Meinungsäußerung. Das Blatt hat anscheinend viel überflüssigen Raum. Trotz Papiererhöhung dankt es sogar einen ganzen Brief ab und macht dazu keine Bemerkungen. Es fällt mir gar nicht ein, dem Herrn H. C. (Hess: Huber: Erpenbeck) deshalb gram zu sein oder gar auf sein gaulerliches Geschnäusel viel zu erwidern, denn sozial Zeit habe ich gar nicht, sonst würde ich Briefe von meinem Freund Kronatler, welche sich mit unfernen Gauler Feder und ebenfalls auch mit meiner Meinungsäußerung, auch unferer Zeitung einenden, zum — — Abdrucken oder zu ähnlichen Zwecken. Zum Fall Waldarbeiter stelle ich dem H. C. zu bedarf nach, daß es verhängnisvoll ist. Das kann ich aber nicht ändern, da mich die H. C. an Kronatler wenden. Wohlgeht mir ich auch, bereit es in Nummer 5. Da ich weiß es nicht, habe mich auf dies hin noch nicht selbst geäußert. Wenn ich es bin, Ernte es höchstens davon kommen, daß ich zufällig bei beiden Verhandlungen, allerdings in anderen Sachen, im Schlichtungsamt des Paffauer anwesend war, in welchen Kronatler, freilich ein paar Monate zu spät, die Verfestigung von Waldarbeiten durchführte. Wer habe ich ja Waldarbeiter unter seinen Namen jenseits Kronatlers; mag sein, daß dies abgelehrt hat. Der lauter Wohlwolligkeit und Ergebenheit, wie H. C. weiter geschmackvoll schreibt, ist es mit von vor zwei Jahren gekommen. Den ganzen Oberen Wald in die vierte Klasse zu erhöhen. Den Ort Fremung aber erst im November 1920, da die dort Waldarbeiten mit seiner fünften Klasse in die dritte lag.

wo Frontaler so schlau war, den Antrag auf Beförderung erst dann zu stellen, als das Tor geschlossen war durch die Vereinbarung vom November 1920. Klingen tue ich auch, sagt H. C., daß sich die Balken biegen. Auch dies weiß ich nicht recht, wenn aber, dann habe ich auch hier einen guten Lehrmeister an dem Jünger von H. C., denn hier biegen sich nicht nur die Balken, sondern hier brechen sie auch, 13 davon sind erst wieder in der Hohburg Passau gebrochen, oder soll ich deutscher werden? Doch H. C. wird mich schon verstehen. Mit dem Rückverweisen ist es überhaupt eine so eigene Sache, gerade für Euch, H. C., denn Ihr wißt doch noch, was Dr. Siegel sprach, nämlich, daß Ihr liegt wie der Teufel und schwindelt aus Prinzip, und Siegel hat Euch doch am besten gekannt. Weil wir schon beim Klingen sind, frage mal deinen Jünger Frontaler, mein lieber H. C., was er der vor kurzem von ihm abgehaltenen Diesenderversammlung mit sieben Teilnehmern in Gießen erzählt hat, was er alles über unseren Gemeindevorstand vorbrachte, und du wirft den Schlußsatz deines Artikels am besten auf deinen Verband anwenden können.

F. Schreibmeier.

Wiesbaden. (Parkettleger.) Die Arbeitgeber der Parkettindustrie in Süddeutschland haben anscheinend das Bedürfnis, zu einem Einheitsverbot zu kommen. Sie gehen dabei jedoch einen eigenartigen Weg. In Frankfurt haben sich die Herren zusammengestellt, das Oberhaupt soll ein Herr Schäfer aus Worms sein, ihr Produkt zu Papier gebracht und überschrieben: Parkettlegertarif für Hessen, Pfalz, Baden und Württemberg. Herrlich! Und jetzt gehen die Herren mit dem Ding herum. In Stuttgart behaupten sie, in Wiesbaden wird zu diesem Tarif gearbeitet. In Wiesbaden jagt Herr Gail, der Deutsche Holzarbeiter-Verband, Mannheim, hat den Tarif unterschrieben. So suchen die Herren ihr Ziel zu erreichen. Vielleicht sind auch etwelche Summe auf den Berg gekommen. Wir eruchen alle Parkettleger, das Nachwort der Herren aus dem Parkettgewerbe nicht anzuerkennen. Wenn die Unternehmer Tarife bauen wollen, so sind sie an den Deutschen Holzarbeiter-Verband zu wenden, der bei der Sache ein Wortchen mitzureden hat. Wir sind nicht abgeneigt, die Angelegenheit für größere Bezirke anzuschließen. Aber darf die Geschichte nicht so gehen, daß die Unternehmer heute erklären, wir gehören dem Reichsverband der Parkettindustriellen an, und vier Wochen später heißt es, wir sind dort ausgeschlossen. Wir müssen wissen, mit wem wir es zu tun haben.

Unsere Lohnbewegung.

Neues Lohnabkommen für Bayern.

Die Verhandlungen, die in Nürnberg geführt und am 14. Februar abgeschlossen wurden, brachten eine Lohnenerhöhung, die vom 1. Februar an gewährt wird und für Facharbeiter über 22 Jahre in den Ortsklassen II bis VI beträgt: 1,70 Mk., 1,60 Mk., 1,50 Mk., 1,30 Mk. und 1,20 Mk. Für die übrigen Kategorien ist diese Zulage entsprechend abgemindert. Dagegen wird die weitere Zulage, die am 1. März fällig ist, allen Arbeitern bzw. Arbeiterinnen in gleicher Höhe gewährt. Sie beträgt in den Klassen II bis VI für männliche Arbeiter 30 Pf., 70 Pf., 60 Pf., 50 Pf. und 40 Pf.; für Arbeiterinnen 60 Pf., 55 Pf., 45 Pf., 40 Pf. und 40 Pf. Damit steigen die Spitzenlöhne auf 12,90 Mk., 13,20 Mk., 12,20 Mk., 11,10 Mk. und 10,70 Mk. Die Montagzulage mit Übernachten ist um 10 Mk. erhöht und beträgt mindestens 50 Mk. Das Abkommen gilt bis zum 1. März.

Neue Lohnvereinbarungen für Sachsen und Thüringen.

Nach der neuen Lohnzulage wurde am 13. und 14. Februar für die Landesbezirke Sachsen und Thüringen gemeinsam verhandelt. Nach dem in Dresden getroffenen Abkommen werden Zulagen in drei Raten gewährt; die erste rückwirkend vom 3. Februar, die zweite vom 10. Februar, die dritte vom 1. März an. Diese Zulagen betragen zusammen in den vier Ortsklassen für Facharbeiter über 22 Jahre 3 Mk., 2,90 Mk., 2,50 Mk. und 2,10 Mk. Die Zulagen werden auf die jetzigen Löhne gegeben, die in Sachsen und Thüringen verhältnismäßig waren. In Sachsen betragen die Spitzenlöhne vom 1. März an 14 Mk., 13,40 Mk., 12,85 Mk. und 12,35 Mk. Die Lohnvereinbarung gilt bis zum 31. März.

Neues Lohnabkommen für Berlin.

Das letzte Lohnabkommen für Berlin war am 22. Januar mit einem Spitzenlohn von 18 Mk. mit Gültigkeit bis zum 22. Februar abgeschlossen worden. Es hat sich aber als notwendig erwiesen, schon vorher eine neue Lohnvereinbarung zu treffen. Am 14. Februar wurde ein Abkommen abgeschlossen, nach welchem vom 20. Februar an die Tariflöhne aller Facharbeiter um 15% Prozent erhöht werden, die die Höchstzulage und der Unterzulage über 22 Jahre um 10 Prozent, der Junioren um 5 Prozent. Damit steigt der Spitzenlohn auf 20,70 Mk. Vom 1. März werden sich die Löhne aller Arbeiter und Arbeiterinnen wiederum um 10 Prozent, damit steigt der Spitzenlohn auf 22,75 Mk.

Streik im Landesbezirk Brandenburg.

Für den Landesbezirk Brandenburg haben in den letzten Monaten erhebliche Lohnverhandlungen stattgefunden, die bis zur vollständigen Einigung geführt werden konnten. Die letzte tarifliche Lohnzulage trat am 1. Dezember 1921. Die Verhandlungen um eine Zulagenzulage für Dezember waren abgeschlossen. Die des Unternehmens wurde eine Zulage von 1 Mk. für Facharbeiter und von 75 Pf. für Arbeiter angeboten, so wurde von den Arbeitern die Zulage abgelehnt. Daraufhin haben die Unternehmer die Zulagen zurückgezogen. Durch die Verhandlungen im Januar arbeiteten an der Vorklärung der Lohnangelegenheit. Am 22. Januar wurde ein Abkommen abgeschlossen, das die Löhne aller Arbeiter und Arbeiterinnen um 10 Prozent, damit steigt der Spitzenlohn auf 22,75 Mk.

F. Pfeiffer in Angermünde hat kürzlich in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Fischer gesucht. Nachdem nun auch hier die Arbeit eingestellt worden ist, ist das Arbeitergesuch natürlich unbeachtet zu lassen.

Neues Lohnabkommen zum Landestarifvertrag für Schlesien.

Bei den Verhandlungen am 16. Februar wurde vereinbart, daß die bestehenden Löhne ab 20. Februar um 10 Prozent, ab 1. März um weitere 4 Prozent und ab 20. März nochmals um 5 Prozent zu erhöhen sind. In den Tarifklassen II bis VI betragen demnach die Durchschnittslöhne für Facharbeiter über 22 Jahre ab 20. März 1922: 13,45 Mk., 12,70 Mk., 11,05 Mk., 11,35 Mk., 10,80 Mk. Der Mindestlohn für Montagearbeitern mit Übernachten wurde von 42 Mk. auf 50 Mk. pro Tag erhöht. Das Abkommen gilt bis 1. April 1922.

Lohnverhandlungen für Mecklenburg-Schwerin.

Die am 31. Januar geführten Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt, weil die Unternehmer keine annehmbaren Zugeständnisse machen wollten. Als dann am 9. Februar die Kollegen in zwei Betrieben in Rostock die Arbeit einstellen, beantworteten die Unternehmer dieses Vorgehen mit einer Aussperung in allen Schletereien Rostocks, und es war zu erwarten, daß sich daraus eine Streikbewegung im ganzen Land entwickeln würde. Den Unternehmern kam aber noch rechtzeitig die Einsicht, daß es richtiger sei, noch einmal zentral zu verhandeln. Am 13. Februar trafen die Vertreter beider Parteien in Güstrow zusammen. Nach vieler Mühe gelang es, eine Verständigung zu erzielen, nach welcher vom 15. Februar eine Lohnenerhöhung von 1,20 Mk. und vom 1. März an eine weitere von 1 Mk. gewährt wird. Außerdem betragen die Spitzenlöhne in Klasse III 12 Mk., in Klasse IV 11,55 Mk., in Klasse V 11,05 Mk., in Klasse VI 9,60 Mk. Dieses Abkommen gilt bis zum 31. März.

Lohnvereinbarung für den Landesbezirk Bremen.

Für den Landesbezirk Bremen ist ein neues Lohnabkommen abgeschlossen worden, durch welches die Durchschnittslöhne für über 22 Jahre alte Facharbeiter in den Ortsklassen II bis VI steigen auf 13,45 Mk., 12,75 Mk., 12,15 Mk., 11,40 Mk. und 10,65 Mk. Das Abkommen gilt bis zum 15. März.

Für den Lohnbezirk Herzog-Elpe wurde am 17. Februar eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die Zulage für über 22 Jahre alte Facharbeiter ab 18. Februar 1,50 Mk. und ab 1. März weitere 0,50 Mk. beträgt. Der Spitzenlohn beträgt nun 13,50 Mk. Das Abkommen gilt bis 31. März.

Lohnabkommen für die württembergische Holzwaren- und Holzspielwarenindustrie.

Das am 4. Februar in Hechingen mit dem Verband württembergischer Holzwaren- und Holzspielwarenfabrikanten abgeschlossene Lohnabkommen bestimmt, daß die vertraglichen Durchschnittslöhne vom 12. Dezember ab 30. Januar um 20 Prozent erhöht werden. Auf diese erhöhten Löhne kommt ab 20. Februar eine weitere Zulage von 20 Prozent für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen 15 Prozent. Damit steigen die Spitzenlöhne in den Klassen II bis VI auf 12,25 Mk., 11,75 Mk., 11,25 Mk., 10,45 Mk. und 9,85 Mk. Dieses Lohnabkommen gilt bis zum 15. März.

Neues Lohnabkommen für die Knopfindustrie.

In den am 15. Februar in Eilenach mit dem Reichsarbeitsgeberverband der deutschen Knopfindustrie geschlossenen Verhandlungen wurde ein neues Lohnabkommen zu dem Reichstarifvertrag vom 23. September 1921 getroffen. Vereinbart wurden Zulagen, die unter Einrechnung der letzten Zulage in den vier Ortsklassen für Arbeiter über 21 Jahre 3 Mk., 2,65 Mk., 2,25 Mk. und 2,20 Mk.; für Arbeiterinnen über 21 Jahre 1,40 Mk., 1,30 Mk., 0,85 Mk. und 0,90 Mk. betragen. Die Durchschnittslöhne für Facharbeiter über 21 Jahre betragen nunmehr 14,50 Mk., 13,80 Mk., 12 Mk. und 11,30 Mk. Für Maschinenarbeiterinnen über 21 Jahre 8,75 Mk., 8,40 Mk., 7,10 Mk. und 6,75 Mk. Die übrigen Löhne sind entsprechend abgemindert. Zeitlohnarbeiter die bereits über den alten Vertragssatz verdient haben, behalten den Vorprung bis zu 20 Prozent über die neuen Vertragssätze. Das Lohnabkommen gilt vom 18. Februar bis zum 15. März.

In Hamburg befinden sich die Zigarettenfabriken wieder im Streik. Von den Fabrikanten angereizene Schlichtungsausschüsse haben die Arbeiter für die Zeit vom 1. bis 15. Februar eine Lohnenerhöhung von 40 Pf. bis 1 Mk. zugesprochen. Dieser Spruch wurde nur von zwei größeren Betrieben anerkannt, die übrigen lehnten ihn ab. Am 13. Februar deshalb in zwei Betrieben die Arbeit eingestellt wurde, wurden auch die Kollegen in den anderen Betrieben ausgeschlossen. Der Streik der Lederdrucker konnte am 2. Februar erfolgreich beendet werden. Für unsere Kollegen gilt der als verbindlich erklärte Reichstarif für die Lederdruckerindustrie doch ist der Lohn um 10 Prozent höher als der Tariflohn für Leder, der 72 Mk. beträgt; außerdem erhalten die Lederdrucker noch eine Zulagenzulage von 60 Pf., so daß der Stundenlohn 13,35 Mk. beträgt. So ist ein Abkommen ausgearbeitet worden, der es den Kollegen ermöglicht, 15,34 Mk. pro Stunde zu verdienen. — Für die Lederarbeiter wurde am 3. Februar eine Zulage von 5 Prozent vereinbart, wodurch der tarifliche Spitzenlohn auf 13 Mk. steigt. Diese Zulagenzulage gilt vom 1. bis 15. Februar. — Für die Brandholzarbeiter wurde am 1. Februar ein Abkommen von 2,50 Mk. vereinbart. Der tarifliche Spitzenlohn beträgt für die Zeit vom 1. bis 28. Februar auf 11,50 Mk.

In Hamburg wurde am 31. Januar für die Arbeiter in den Lederwarenbetrieben eine Vereinbarung getroffen, nach welcher auf die bestehenden Löhne vom 20. Januar an eine Zulage von 20 Prozent und ab 17. Februar die weiteren Zulagen von 10 Prozent gewährt wird. Damit steigen die Spitzenlöhne am 27. Februar auf 9,20 Mk., am 15. Februar auf 10 Mk. — Der Reichstarifvertrag für die Lederwarenindustrie wurde am 27. Januar in den Tarifklassen II bis VI um 10 Prozent erhöht. In Leipzig ist der Kampf in der Metallindustrie mentalen Industrie noch ungeschlichtet. Dort entscheidet sich bald, ob es ein Vertrag in Aussicht genommen werden kann. Der Kampf in der Holzindustrie ist abgeschlossen. Die

Verhandlungen wurde auf sechs Tage nach halbjähriger Beschäftigung, steigend bis acht Tage, festgesetzt. Die Löhne wurden erhöht und betragen vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit, am 7. Februar, für Facharbeiter 13,25 Mk., Hilfsarbeiter 11,00 Mk., Facharbeiterinnen 8,25 Mk., Hilfsarbeiterinnen 7,30 Mk. Sie steigen am 15. Februar auf 14 Mk., 12,25 Mk., 8,75 Mk. und 7,70 Mk.

In Alstermünde befinden sich die Tischler und Sägereiarbeiter seit dem 13. Februar im Streik. Obwohl hier noch Löhne von 6 Mk. und 7 Mk. gezahlt werden, weigern sich die Unternehmer hartnäckig, eine den Tarifverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserung vorzunehmen. Ein Teil der Unternehmer lehnte jede Zulage rundweg ab. Wir eruchen die Kollegen allerorts, den Bezug von Holzarbeitern nach Alstermünde streng fernzuhalten. — Auch in der Metallindustrie ist es am 16. Februar zum Streik gekommen.

Aus der Holzindustrie.

Die schlemmenden Arbeiter.

Es gibt unter wegnern Gegnern keine Geister, die ihr Auge beharrlich vor der Tat weiler Arbeiterkreise verschließen, aber mit Argusaugen darüber wachen, ob sie nicht irgendeinen Fall entdecken, aus dem sie durch bewußte Verallgemeinerung den Schluß ziehen können, daß die Bestrebungen der Arbeiter ganz unberechtigt seien, da sie ja, wie der aufgeregteste Fall zeigt, ein recht angenehmes Leben führen. Solchen Eitlen- oder richtiger gesagt Eitlerichtern sind wir schon öfters begegnet, aber selten hat einer dieses edle Handwerk mit solchem Ungeschick betrieben wie L. M. in der Nr. 6 der „Sachzeitung“ der Berliner Tischlermeister.

Er hat zwei Fälle erndet, die ihm Stoff zu einem Artikel bieten, den er „Verelendung?“ überschreibt. Der eine betrifft ein Interat in der Holzarbeiter-Zeitung, in welchem die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine zum Erwerb von 1000, 1000, 5000 oder 10000 Mk. anbietet, die in Stücken von 500, 1000, 5000 oder 10000 Mk. abgegeben, und mit 5% Prozent verzinst werden. Für den wenigsten Abdruck des Interats auf der ersten Textseite der „Sachzeitung“ wird die G.C.G. gewiß dankbar sein, denn es wird vermutlich auch hier einige Wirkung haben. Aber was L. M. dazu zu sagen weiß, ist gelinde ausgedrückt. Nach Aus dem Wert der angebotenen Stücke schließt er, daß auch Einlagen von 5000 und 10000 Mk. vorkommen, was, nebenbei bemerkt, auch wir hoffen. „Sieht das nach Verelendung aus?“ fragt er, und er fügt hinzu, „Das ist ein recht ansehnliches und vollkommenes Stück vom viel verkochten und geschwätzten Kapitalismus, der ja an allem Übel der Welt angeblich die Schuld tragen soll.“ Das verrät ein solch tiefes Eindringen in volkswirtschaftliche Probleme, daß man mit gesundem Menschenverstand nicht mehr folgen kann.

Von ähnlichem Kaliber ist seine andere Entdeckung. Unsere Berliner Ortsverwaltung hat durch eine Anzeige in ihren „Mitteilungen“ zum Besuch einer Vorstellung der Oper „Der Troubadour“ aufgefordert, wofür sie Karten zum ermäßigten Einheitspreis von 10,50 Mk. anbietet. L. M. ist entsetzt. Der Preis ist zwar, wie er angibt, für ein Berliner Theater sehr billig, aber wenn einer mit Württemberg sich solchen Genuß gönnen will, dann koste das mit Fehrl zum Theater und Gerberode so gegen 40 Mk. L. M. kennt manchen Mann, der es sich dreimal und viermal überlegen muß, ob er das für einen Troubadour-Abend ausgeben kann.

Er hat recht, die Zahl derer, die sich so etwas nicht leisten können, ist sehr groß. Aber trotzdem ist es unerlebenswert, daß unsere Ortsverwaltung sich bemüht, den Kollegen, die sich das leisten können, einen solchen Genuß zu verschaffen. Auf die Gefahr hin, uns den Unwillen von L. M. zuzuziehen, erklären wir, daß es zu den Interessen unserer Bewegung gehört, die Arbeiter dahin zu erziehen, daß sie das Leben nicht nach dem Genuß höherer Kultur gütter, wozu der Besuch von Theater und Opernvorstellungen zu zählen ist, empfinden. Leider ist die Zahl der Kollegen, die von solchen Angeboten Gebrauch machen können, sehr klein, denn die Löhne, welche die Berliner Tischlermeister im allgemeinen zöhlen, reichen dazu nicht aus.

Eich über das Angebot von Opernkarten zum Preise von 10,50 Mk. anzuhalten, ist in diesem Fall besonders dumm. Wendet man nämlich das Blatt um, dann fällt das Auge auf eine Einladung zu Berlin zu einem Winter-Waldsee, zu welchem die Eintrittskarte 17 Mk. kostet. Man mag L. M. einmal einen Überflieger machen, was solch eine Vollnacht den höchsten Tischlermeister kostet, wenn er mit Württemberg und holländischer Anhang hinfährt. Da wird in einer Nacht nicht verwickelt, als ein paar Gezellen die ganze Woche verdienen; das Eintrittsgeld spielt dabei die geringste Rolle. Wir sind nicht neidisch, wir können den Nutzen ihr Vergnügen; aber sie sollen wenigstens ihrem Genuß vorbeizien, die Aufmerksamkeiten darauf zu lenken, indem er die Arbeiter befreit, die sich das Geld vom Munde absparen müssen, wenn sie sich einmal einen Kunstgenuß leisten wollen.

Am den Nachbarn für die Holzarbeiter in der Schweiz.

Auch in der Schweiz ist der Achtstundentag bzw. die 4-Stunden-Woche gesetzlich eingeführt. Wie in allen anderen Ländern, versuchen auch hier die Unternehmer, eine Verlagerung der Arbeitszeit durchzuführen. In der Schweiz ist eine Verlagerung durch Einverständnis für einzelne Industrieunternehmen möglich, wenn zureichende Gründe dafür vorliegen. Es ist bekanntlich, daß die Unternehmer eine solche Gründe nie angeben sind. Auch die Schweizerischen Gewerkschaften sind der Meinung, daß die Schweizerischen Gewerkschaften Grund genug haben, um wieder 52 Stunden arbeiten zu lassen. In der Schweiz beim Bundesrat, für das ganze Schweizerland 52 Stunden-Arbeitswoche zuzulassen, ist jedoch abgelehnt worden. Damit bleibt unseren Schweizerischen Kollegen die gesetzlich 48-Stunden-Arbeitswoche erhalten. Die Unternehmer sind über die Verlagerung ihres Antrags noch unzufrieden. Es ist ihnen zu wünschen, daß sie nunmehr andere Wege suchen werden, um die Arbeitszeitverlängerung zu erreichen. Da unsere Kollegen in der Schweiz mit allen Mitteln gegen die Verlagerung der Arbeitszeit kämpfen werden, ist der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft.

Steuerabzug bei den Korbmacherheimarbeitern.

Von dem Bezirksleiter unseres Verbandes wird uns ge-
mündlich einer Besprechung am 25. Januar in Pläthen.

Bei ledigen Heimarbeitern 1 1/2 Prozent der
Gesamtergütung; bei verheirateten Heimarbeitern ohne und

Bei diesen Steuerabzug, der am 4. Februar in Kraft
gilt die Einkommensteuer vom Arbeitslohn als getilgt.

Gewerkschaftliches.

Adam Drunzel gestorben.

Am 8. Februar ist in Berlin der langjährige Vorsitzende
des Spinnereiverbandes, Adam Drunzel, gestorben. Der

Die Vorkamerhöhung im Bekleidungsarbeiter-Verband.

Im Bekleidungsarbeiter-Verband hat eine Urabstimmung
über sehr schwacher Beteiligung der Mitglieder stattgefunden.

Die Glaser und der Bauergewerksbund.

Am Ende Januar abgehaltene Plenarsitzung des Glaser-
Verbandes nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher er

Soziale Rechtspflege.

Leben Außerordlicher Anspruch auf die Leistungen aus dem
Tarifvertrag?

Diese Frage ist zurzeit stark umstritten. Wir haben kürz-
lich den Artikel 'Koalitionsfreiheit' in Nummer 3 der

Höchst a. M. vertreten wurde. Dieser stützte sich auf die Ver-
ordnung über Tarifverträge vom 22. Dezember 1918.

Der Kläger ist kostenpflichtig abzuweisen, weil
er nicht Mitglied der vertragschließenden

Dieses Urteil könnte als Mahnung an die Unorganisierten
gesehen, sich der Organisation anzuschließen, um sich die Vorteile

Gingefandt.

Gleiche Beiträge, gleiche Leistung.

Ein Schmerzenskind der Organisation waren die Kollegen
der gemischten Betriebe von jeder. Gemeinsames und ein-

Arbeitslosigkeit im Monat Januar 1922.

Table with columns: Ort, Anzahl, Arbeitslose an Orte, Arbeitslose auf der Reise, etc. Includes data for Ostpreußen, Ostelbien, Breslau, etc.

Januar 1922 1101 362128 3052 7714 10766 3749 26 2362 32973 86663 - 341 834 2178 75 65 1992 243
Dez. 1921 1235 341841 2727 6166 8332 3445 20 1802 25177 67158 68 308 858 2101 - 62 1836 122

Die Arbeitszeiterklärung betrug in 22 Betrieben mit 1125 Beschäftigten (davon weiblich 251) 1 bis 8 Stunden, in
12 Betrieben mit 288 (2) Beschäftigten 9 bis 16 Stunden, in 17 Betrieben mit 397 (29) Beschäftigten 17 bis 24 Stunden

Von nachstehend bezeichneten Verwaltungsstellen wurde ein Bericht nicht eingelangt:
Eggen, Grünwald, Jedwahn, Königshal, Lössen, Neuenburg, Ortelsburg, Osterode, Pölkau, Rastenburg, Tostedt,

Summary table for Arbeitslosigkeit with columns: Monat, Anzahl, etc. Includes rows for Dezember and Januar.

der verschiedenen Organisationen. Auf unsere Kollegen wird
es niederdrückend, wenn ihre Mitarbeiter in denselben Be-

Literarisches.

Die Charistendebewegung in England. Ein Beitrag zur
sozialpolitischen Geschichte Englands. Von Hermann Schärer,

Der Sozialismus einst und jetzt. Streifzüge des Sozialismus
in Vergangenheit und Gegenwart. Von Eduard

Ein heiliger Weg. Lebenserinnerungen. Von Otilie
Bander. Verlag Buchhandlung 'Vorwärts', Berlin SW. 68,

Ein lehrreiches Buch, das insbesondere den Arbeiter-
fragen empfohlen werden kann. Die jetzt fast 75jährige Ver-

Kultur- und Schulpolitik. Erläuterungen zum Göttinger
Programm. Von Antonie Bühl. Verlag J. H. W. Dietz

